

Strompreise bremsen!

Die SPD will Ordnung ins Energiechaos der Regierung Merkel bringen

von Manfred Nink

Was passiert mit dem Strompreis? Diese Frage stellen sich derzeit viele. Nicht nur Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch Unternehmen und Investoren. Seitdem Schwarz-Gelb regiert, sind die Strompreise für Privathaushalte um 23 Prozent und für die Industrie um 33 Prozent gestiegen. Mit ihrem Zickzack in der Energiefrage hat Angela Merkel Vertrauen, Verlässlichkeit und Planungssicherheit zerstört.

Wir alle spüren, dass Privathaushalte großen Belastungen durch die steigenden Strompreise ausgesetzt sind. Die Deutschen müssen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für Wohnungs- und Energiekosten aufbringen. Dabei werden Gering- und Mittelverdiener durch steigende Strompreise stärker belastet als Besserverdiener.

Besonders betroffen sind zudem energieintensive Industrie. Dazu gehören zum Beispiel die Metallherzeugung und allen voran die chemische Industrie. Sie sind stark von den steigenden Energiepreisen getroffen. Sie investieren weniger und verlieren ihr Vertrauen in den Standort Deutschland.

Die Bundesregierung ist mit der

großen Aufgabe der Energiewende maßlos überfordert und bringt die zentralen Eckpfeiler der deutschen Energieversorgung ins Wanken: Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Eine abgestimmte Energiepolitik zwischen Bund, Ländern und den Akteuren der Energiewende findet nicht statt. Koordination auf Bundesebene? Fehlanzeige!



Merkel will der Energiewende den Stecker ziehen Foto: Katharina Bregulla / pixelio.de

Was hat diese Bundesregierung eigentlich vor? Ich sage: Merkel, Altmaier und Rösler wollen der Energiewende den Stecker ziehen. Neu- und Bestandsanlagen bei Erneuerbaren sollen Einbußen bei der Einspeisevergütung hinnehmen. Die stromintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrie wird zur Kasse gebeten, weil

ihre Befreiungen von der EEG-Umlage zusammengestrichen werden sollen. Werden die Maßnahmen der Bundesregierung Realität, können wir uns auf einen faktischen Neubaustopp einstellen. So will Schwarz-Gelb die Energiewende stoppen.

Die SPD will den steigenden Stromkosten durch ein Paket mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen entgegentreten:

- Entlastung der Haushalte durch die Einführung eines Grundfreibetrags bei der Stromsteuer. Das wahrt die Investitionssicherheit bei den Erneuerbaren und belastet die Industrie nicht zusätzlich.

- Rückkehr zur Regelung von 2009, die energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb vor einer wettbewerbsverzerrenden Belastung durch die EEG-Umlage bewahrte.

- Rücknahme der unter Schwarz-gelb ausgeweiteten Netzentgeltbefreiung für Großverbraucher.

- Darüber hinaus sind mittel- und langfristig Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zentral, wenn die Energiewende gelingen soll. Vor allem im Gebäudebereich sind noch ungenutzte Potenziale.

2 | Die Bundespolitik

Besser und gerechter regieren

Die SPD hat ihren Programmentwurf für ein neues soziales Gleichgewicht vorgestellt

Es ist mir vollkommen klar, dass ich mich wiederhole. Aber mir ist wichtig, dass jede Wählerin und jeder Wähler in diesem Jahr weiß: Wir haben die schlechteste Bundesregierung seit Gründung der Bundesrepublik. Die SPD will im April ein Programm beschließen, mit dem Sozialdemokraten besser und gerechter regieren werden als Schwarz-Gelb.

Der Schuldenberg ist in dieser Wahlperiode kräftig gewachsen und das trotz Steuermehreinnahmen des Bundes. Auf den Finanzmärkten lassen sich immer noch Unsummen verdienen und Boni erzielen, während zu viele Menschen von Niedriglöhnen leben müssen und am Ende alle dafür zahlen dürfen, wenn es an den Finanzmärkten schief geht. Für die SPD ist deshalb klar, dass in Deutschland ein neues soziales Gleichgewicht geschaffen werden muss.

Das bedeutet unter anderem, dass wir in Deutschland endlich einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro brauchen. Mini-Jobs, Befristungen und Leiharbeit müssen wir begrenzen.

Und wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss von seiner Rente im Alter vernünftig leben können. Deshalb sieht die SPD in ihrem Regierungsprogramm-Entwurf den abschlagsfreien Zugang zur Rente ab 63 Jahren bei 45 Versicherungsjahren vor. Außerdem eine attraktive Teilrente ab 60 Jahren, keine Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente und mehr Möglichkeiten für Zusatzbeiträge zur Rentenversicherung. Unsere Solidarrente wird ab-

sichern, dass die Rente bei 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren nicht unter 850 Euro liegen wird.

Die Anhebung des Renteneintrittsalters wird solange ausgesetzt, bis mindestens die Hälfte der Über-60-Jährigen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat.

Auf den Finanzmärkten müssen Risiko und Haftung durch klare

Für berufstätige Frauen und Männer wollen wir einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung einführen. Dieser Anspruch soll einhergehen mit einer abgesicherten Freistellung.

In der Familienpolitik verspricht die SPD, das Betreuungsgeld wieder abzuschaffen. Die sogenannte Familienarbeitszeit wird Müttern und Vätern mehr Freiraum geben.



Der außerordentliche Bundesparteitag zur Verabschiedung des Regierungsprogramms findet am 14.04.2013 in der Messe Augsburg statt. Foto: Siegfried Kerpf / Messe Augsburg

Regeln wieder zusammengeführt werden.

Die Energiewende muss uns gelingen. Deshalb wollen wir das Hickhack, wie es derzeit besteht, durch die Bündelung aller Aufgaben in einem Energieministerium beenden. Für Deutschlands wirtschaftlichen Erfolg brauchen wir eine starke Industrie und einen leistungsfähigen Mittelstand.

Die SPD wird eine Vermögenssteuer einführen, die den Normalverdiener mit Einfamilienhaus und den Mittelstand nicht belasten wird.

Im gleichen Atemzug gilt für die SPD weiter der Grundsatz der Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni. Dieses Ziel verfolgen wir schrittweise, aber mit klarem Kurs.

Außerdem dürfen gleichgeschlechtliche Paare nicht länger benachteiligt werden. Das muss sowohl für die Ehe, das Steuer- und auch das Adoptionsrecht gelten.

Ein Entgeltgleichheitsgesetz soll die ungleiche Bezahlung gleichwertiger Arbeit von Frauen und Männern beenden. Die sozialdemokratische Bürgerversicherung wird der Zwei-Klassen-Behandlung im Gesundheitssystem und in der Pflege ein Ende setzen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen!

Außerordentlicher Parteitag der SPD in Augsburg am 14.04.2013

Der komplette Programmentwurf zum Download unter:
www.spd.de/linkableblob/92664/data/20130311_regierungsprogramm_2013.pdf

Dem NSU auf der Spur

Im Rahmen des Praktikantenprogramms der SPD-Fraktion hatte der Politikwissenschaftsstudent Philip Milde aus Trier die Möglichkeit, mit dem Vorsitzenden des NSU-Untersuchungsausschusses, Sebastian Edathy (SPD), über die Vorgänge und Erkenntnisse des Ausschusses zu diskutieren.

Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) war eine rechtsradikale

tion des Untersuchungsausschusses ist die Tatsache, dass nicht wie üblich die Opposition allein die Einberufung forderte, sondern der Vorschlag von allen Parteien im Konsens getragen wurde. SPD, Grüne, Linke, CDU/CSU und FDP haben sich vorgenommen, die Vorgänge und Versäumnisse in diesem Fall lückenlos aufzuklären.

Für den Untersuchungsausschuss

würden zunehmend das Vertrauen in den Rechtsstaat verlieren. Dafür gebe es berechtigte Gründe, so Edathy. Anzuführen sei diesbezüglich unter anderem das V-Mann-Programm des Verfassungsschutzes. Hier seien sehr viele Vorgänge in ihrer jetzigen Ausgestaltung nicht mehr tragfähig für zukünftige nachrichtendienstliche Tätigkeiten. Ebenso sei die landesweite Kooperation der verschiedenen Behörden nicht mehr wegzudenken für eine effektive Bekämpfung verfassungsfeindlicher Aktivitäten, so der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses. Trotz aller Kritik seien die SPD-Abgeordneten aber davon überzeugt, dass die Institution des Verfassungsschutzes eine sinnvolle und notwendige Behörde gegen Angriffe auf die Demokratie darstelle und die SPD an ihr festhalten werde – auch in Zeiten eines öffentlichen Diskurses über die Sinnhaftigkeit dieser Behörde, sagte Edathy vor den Praktikantinnen und Praktikanten der SPD-Bundestagsfraktion.

Die zukünftige Herausforderung liege darin, die Rolle des Parlaments als Kontrollorgan des Verfassungsschutzes zu stärken. Ebenso sei die Thematik Rechtsradikalismus und Rechtsterrorismus viel zu lange kleingeredet und verdrängt worden. Die Behörden, aber auch die Gesellschaft als Ganzes, müssen sich der Problematik stellen, betonte Edathy.

Der Trierer Philip Milde studiert an der Universität Münster Politikwissenschaft und hat bei Manfred Nink ein Pflichtpraktikum seines Studiums absolviert.



Der NSU-Untersuchungsausschuss bei der Verabschiedung der Ermittlungsbeauftragten und des Teams am 21.03.2013 Foto: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

le Terrorgruppe, der unter anderem Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe angehörten.

Der Gruppe werden neun Morde vorgeworfen. Ebenso lastet man ihnen zwölf Banküberfälle und zwei Sprengstoffanschläge an. Die Mord- und Anschlagsserie wurde vor einem rechtsnationalen, fremdenfeindlichen Hintergrund begangen. Infolge dieser menschen- und demokratiefeindlichen Taten und der enormen Fehlerkette durch die ermittelnden Behörden sieht sich der Bundestag dazu verpflichtet, die Vorgänge rund um den Fall im Sinne der Rechtsstaatlichkeit aufzuklären und die notwendigen Konsequenzen, beispielsweise für den Verfassungsschutz, daraus zu ziehen.

Bemerkenswert an der Konstitu-

tion ist vor allem die Frage zentral, ob die Ermittler dem Neonazi-Trio und seinem Helfernetz deutlich früher auf die Spur hätten kommen können und müssen. Im Speziellen geht es den Abgeordneten um die konkreten Behördenarbeiten von Polizei, über den Militärischen Abschirmdienst, bis hin zu den Verfassungsschutzorganen der Länder. Vor allem deren mangelhafte Kommunikation, Kooperation, Ermittlungstaktik und -strategie sind unter die Lupe zu nehmen. Kritisch zu beurteilen sind hier laut Edathy vor allem die einseitige Ermittlungsstrategie, die Voreingenommenheit der ermittelnden Behörden sowie das unprofessionelle Ermittlungsverhalten.

Viele Bürgerinnen und Bürger

4 | Aus Partei und Fraktion

Bundeskanzler a. D. in der Fraktion



Am Dienstag, dem 12. März 2013, hat Altkanzler Gerhard Schröder zum ersten Mal nach seiner Amtszeit die Bundestagsfraktion besucht. Die Abgeordneten sprachen mit ihm über das zehnjährige Jubiläum der entschlossenen Ablehnung der rot-grünen Regierung, sich am Irak-Krieg zu beteiligen. Die Agenda 2010 war selbstverständlich ebenfalls Thema. Dabei würdigten die Abgeordneten die positiven Effekte der Agenda-Politik und diskutierten kritisch die negativen Auswirkungen vor allem im Hinblick auf den Niedriglohnsektor und den Missbrauch bei der Leiharbeit.

Foto: Andreas Amann

Die Anti-Atom-CDU?

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wusstet Ihr schon, dass der Vorsitzende der Trierer CDU, Bernhard Kaster, öffentlich vorgibt für eine Abschaltung des AKW Cattenom zu sein? Und wusstet Ihr, dass er seine Haltung mit einem klaren NEIN im Bundestag zur Forderung, Verhandlungen diesbezüglich mit Frankreich aufzunehmen, untermauert hat? Ihr denkt, das ist widersprüchlich? Ja, so ist es...

Seitdem ich dem Bundestag angehöre, poche ich darauf, dass sich die Bundesregierung bei der französischen Regierung für eine Abschaltung des Pannenmeilers in Cattenom stark macht und darüber verhandelt. Stets habe ich aus dem zuständigen Umweltministerium vernommen, die Bundesregierung verhandele nicht über die franzö-

sische Energiepolitik.

Von meinem CDU-Kollegen Bernhard Kaster dazu kein Wort! Jetzt, wo es auf die Wahl zugeht, schleppt er Umweltminister Altmaier in den Wahlkreis, lässt ihn Versprechungen verbreiten. Und was bleibt? Altmaier kann mir keine Termine für konkrete Verhandlungsgespräche nennen. Und die CDU sagt im Unterausschuss, Verhandlungen mit Frankreich seien nicht nötig, weil alle Fakten bekannt seien.

Kasters Forderung nach einer Abschaltperspektive für Cattenom ist ein durchsichtiges Wahlkampfgetöse, weil das Thema in der CDU niemanden interessiert.

Herzlichst, Euer

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

2. bis 10. März 2013

Parteitag SPD-Kreisverband Bitburg; Sitzung Kreistag Trier-Saarburg; Parteitag SPD-Regionalverband Rheinland in Emmelshausen; Besuch einer Veranstaltung der Winzertanzgruppe „live“ in Mehring

11. bis 17. März 2013

Kreditausschuss Sparkasse; Sitzungswoche des Deutschen Bundestags; Besuchergruppe des Gymnasiums für Technik und Mediengestaltung Trier in Berlin; Gespräch mit dem ungarischen EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration László Andor im Rahmen der AG Europa der SPD-Bundestagsfraktion; Gespräch mit dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutsche Luftfahrt; namentliche Abstimmung im Bundestag zum Antrag der Grünen zur Aufnahme bilateraler Verhandlungen mit Frankreich mit dem Ziel der sofortigen Stilllegung gefährlicher grenznaher Atomkraftwerke - u.a. Cattenom; Schirmherr bei der Feier zum 50-jährigen Bestehen des Musikvereins Kenn

18. bis 25. März 2013

Sitzungswoche des Deutschen Bundestags, Ausschuss für die Angelegenheiten der EU mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de